

Grüne feministische Außenpolitik?

Cornelia Hildebrandt

Dass Frauen an der Macht nicht vom Übel von Kriegen und gewalttätigen Auseinandersetzungen befreien, zeigt ein Blick in die Geschichte, auch wenn die meisten Kriege von Männern begonnen wurden. Genannt seien nur Maria I. von England, auch bekannt als „die Blutige“, oder Katharina die Große. Nein, allein die Einbeziehung von Frauen oder Frauen an der Spitze der Außen- oder Verteidigungsministerien genügt nicht, um dem Anspruch feministischer Außenpolitik zu genügen. Diese beruht darüber hinaus – so das Bundestagswahlprogramm der Grünen von 2021 – auf ehrlichem Interessenausgleich, der Achtung der Rechte marginalisierter Gruppen, auf Zusammenarbeit und Rechtsstaatlichkeit, auf Gewaltfreiheit und koordinierter Krisenprävention und vorrangig ziviler Konfliktbearbeitung in einer eng vernetzten Welt. Ihre Notwendigkeit begründet sich auch darin, dass vor allem Frauen, Mädchen sowie marginalisierte Gruppen wie LSBTIQ*-Personen in besonderem Maße von Kriegen, Konflikten und Armut betroffen sind. Ein Teil dieser Gedanken findet sich auch im Koalitionsvertrag der rot-grün-gelben Ampel. Danach sollen im Sinne einer *Feminist Foreign Policy* Rechte, Ressourcen und die Repräsentanz von Frauen weltweit gestärkt und die gesellschaftliche Diversität gefördert werden. Folgerichtig steht nun auch auf den Seiten des deutschen Außenministeriums, dass Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe Voraussetzung für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der Welt sind.

Wie aber steht es in Zeiten neuer globaler Zuspitzungen um Geschlechtergerechtigkeit und deren soziale, ökonomische und politische sowie kulturelle Bedingungen? Wie lässt sich diese real gestalten, wenn friedliche Konfliktlösungen, Energie- und Nahrungssouveränität, die Zugänge zu sauberem Wasser, Gesundheitsversorgung und Bildung in vielen Regionen zur Disposition stehen? Wie lässt sich feministische Außenpolitik in einer von Männern dominierten Welt – insbesondere auf den Feldern der Außen- und Sicherheitspolitik – unter den Bedingungen neuer globaler Konfliktdimensionen und des Krieges Russlands gegen die Ukraine umsetzen? Wie stehen die Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und feministische Außenpolitik zueinander?

Im Bundestagswahlprogramm der Grünen von 2021 stehen feministische Außenpolitik und die Gestaltung einer EU-Sicherheitsunion



Spricht gern von feministischer Außenpolitik, aber praktiziert sie auch welche?

unvermittelt nebeneinander: der integrierende oder einbindende Anspruch feministischer Außenpolitik findet keinen Niederschlag, wenn es um parlamentarische Kontrolle, restriktive Rüstungspolitik, einklagbare Sanktionsmöglichkeiten, um die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte der EU bis hin zu einer effektiveren Beschaffung, den Ausbau von EU-Einheiten sowie die Stärkung und Konsolidierung gemeinsamer EU-Kommandostrukturen und europäischer Initiativen wie der *Permanent Structured Cooperation* (PESCO) geht. Diese konzeptionelle Leerstelle grüner Programmatik wird angesichts des Ukrainekrieges noch deutlicher.

Regierung übersetzt globale mit militärischer Verantwortung.

Dazu gehört neben dem Sondervermögensfonds über 100 Milliarden Euro und dem jährlichen Etat von 2 Prozent des BIP für Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Einsatz von bewaffneten Drohnen im Rahmen des Völkerrechts und die nukleare Abschreckung der NATO, die laut Außenministerin Baerbock zur „Sicherung der Freiheit unseres Lebens“ glaubhaft bleiben muss. Das heißt auch, dass Deutschland schwere Waffen in

die Ukraine liefern müsse, auch dann – so Baerbock – wenn sich damit das Risiko nuklearer Eskalation erhöht. Denn Russland müsse strategisch geschlagen werden. Wehrhaftes Engagement statt deutsche Kriegsmüdigkeit fordert die Verfechterin feministischer Außenpolitik. Das aber hat nichts mit feministischer Außenpolitik zu tun! Unter den Bedingungen von Krieg, Aufrüstung und Militarisierung von Politik und Gesellschaft, selbst bei verstärkter Einbeziehung von Frauen zur Legitimierung, ist eine solche Politik weder feministisch noch nachhaltig. Denn eine solche Politik schreibt über die eigentlichen Kriegsgebiete hinaus strukturelle Gewalt fest und verstärkt die eigenen patriarchalen Strukturen bis hin zu toxischer Männlichkeit.

Pionierarbeit für feministische Politik nötig

Im Unterschied hierzu könnten Instrumente feministischer Politik, gestützt auf einen erweiterten Sicherheitsbegriff unter Einschluss sozialer, ökologischer Energie- und Nahrungssicherheit wichtige Beiträge zur Gefahrenanalyse und zu den völlig vernachlässigten sozial-ökologischen Folgeabschätzungen von Kriegen leisten. Hierzu internationale Standards zu entwickeln, wäre Pionierarbeit feministischer Außenpolitik. Sie könnte dazu beitragen, globale Gerechtigkeit unter den Bedingungen der Klimakrisen neu zu denken und Wege einer sozial-ökologischen Transformation über den Kapitalismus hinaus zu entwickeln. Das hieße Entwicklungsperspektiven für heutige fossile Wirtschaften zu suchen.

In Bezug auf den Ukrainekrieg müsste es, gerade, weil Frauen und Kinder auch in diesem Krieg die Leidtragenden sind, heißen:

- Die Waffen nieder! Ernsthaft nach deeskalierenden Wegen für eine schnellstmögliche Beendigung des Krieges zu suchen,
- globale Ungleichheitsverhältnisse aufzubrechen und die Verantwortung deutscher und transnationaler Unternehmen mit Sitz in Deutschland oder in Europa zu benennen und Transformations- und Konversionsstrategien zu entwickeln.

Derzeit existieren über 14.400 atomare Sprengköpfe. 65 Länder der Erde haben den Atomwaffenverbotsvertrag unterschrieben, aber kein Land, in dem Atomwaffen stationiert oder hergestellt werden. Erst im Februar 2021 einigten sich USA und Russland auf die Verlängerung der Gültigkeit des New-Start-Vertrags über die Verminderung strategischer Waffen. Es ist also an der Zeit, breitestmögliche Allianzen gegen Krieg,

Aufrüstung und atomare Bedrohung zu formieren und alles zu tun, um das Morden und die Zerstörung zu beenden, in der Ukraine, aber auch in den anderen Regionen der Welt. Doch bisher konnten Frauen-, Umwelt- und Friedensbewegungen die Spirale der Hochrüstung nicht stoppen. Die Kämpfe blieben unverbunden und fragmentiert, und anders als 2003 im Kampf gegen den Irakkrieg bleibt die Friedensbewegung heute isoliert, obwohl das globale, auch nukleare Eskalationspotential steigt.

Angesichts dieser Entwicklungen kommt den Frauenbewegungen eine zentrale, verbindende Rolle zu. Schon heute spielen sie eine entscheidende Rolle, wenn es um die Demokratisierung der Gesellschaft geht, so etwa in Chile, wenn die Verbrechen von Terror und Krieg aufgearbeitet werden sollen, in Mexiko oder wenn es wie in Polen gegen die Verschärfung der Abtreibungsgesetze geht. Die Kraft der Frauen wird weltweit gegen die atomare Aufrüstung gebraucht und dafür, dass Staaten der NATO explizit auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten und dies in ihren Verfassungen verankern. Dem Narrativ, dass nur ein Gleichgewicht nuklearer Abschreckung Frieden sichert, sollte auf diese Weise eine alternative Friedenserzählung gegenübergestellt werden können. Die Bildung breiter Allianzen gegen die Zerstörung der Zivilisation, gegen die Barbarisierung der Politik braucht starke feministische Akteure zur Ermächtigung der Friedensstifter und die Entwicklung eines Humanismus der Praxis. Denn ohne diese Bewegungen bleiben Ansätze feministischer Außenpolitik paternalistisch und ohne Relevanz. 🌐

Cornelia Hildebrandt

geb. 1962, Diplom-Philosophin. Referentin für Parteien und soziale Bewegungen am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung und Co-Vorsitzende der Stiftung der Europäischen Linkspartei (EL) Transform! europe

Cornelia.Hildebrandt@rosalux.org

